

Breslauer Zeitung.



Wertehälter Abonnement 5 Mark, Wochen-Abo 50 Pf. — Auflösungsgebühr für den Raum einer sechsteligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 564. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewend Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 1. December 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. November.

11 Uhr. Am Ministerisch: v. Buttkamer, Bitter und Commissarien.

Der Bericht über die Verwendung des Erbdes für eine verlaufte Stadtbahnparzelle und der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds der Eisenbahn-Berwaltung von 900,000 Mark pro 1879/80 werden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, der Rechenfestsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der im § 94 der Hinterlegungs-Ordnung bezeichneten Fonds und der im § 95 Absatz 3 daselbst erwähnten Gelder für die Zeit vom 1. October 1879/80 wird der Budget-Commission überwiesen.

Darauf folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Wittwen- und Waisenklassen für Elementar-Lehrer vom 22. December 1869. Zum Wort melden sich 16 Redner, darunter 6 gegen die Vorlage.

Abg. Blaten begrüßt, wenn auch als Gegner der Vorlage eingeschrieben, ihre Einbringung im Hause mit lebhafter Sympathie, mag der Minister sie in Folge des vorjährigen Beschlusses des Hauses oder aus Mitgefühl mit der Lage der Wittwen und Waisen „der veränderten Erwerbslage“ wegen, wie die Motive sagen, eingebracht haben. Als Minimum sollen sie jetzt 200 Mark bekommen, was immer schon dankbar anzunehmen ist; Bedenken erregt nur der Modus ihrer Ausbringung. Die Heranziehung des Lehrer zu dem vollen gesetzlichen Beitrag ist in der Ordnung, aber bedenklich die Erhöhung der Beitragspflicht der Gemeinden von 12 auf 15 Mark pro Stelle. Dieser Aufschlag von 3 Mark ist zwar etwas Geringes und der Einzelne wird sie kaum merken, aber die Gemeinden sind neuen Ausgaben für die Schulen gegenüber äußerst sensible und in manchen wird das Odium auf die Lehrer geworfen werden.

Nun sollen die noch fehlenden 52,000 M. (später nur noch 18,000 M.) nicht ausgebracht, sondern bereits in den Staat eingestellten Mitteln, dem Titel für Besoldungszuschüsse an ältere Lehrer und sonstige Unterstützungen entnommen werden. Dagegen wäre nicht viel zu sagen, wenn die Lehrer so hohe Gehälter bezogen, um die 52,000 M. entbehren zu können, natürlich die älteren. Aber man nimmt damit nur etwas aus einer Tasche und legt es in die andere, in der ersten Tasche wird aber die Lücke sicherlich fühlbar sein und die Lehrerschaft wird dieses Verfahren nicht sehr freundlich aufnehmen. Diese Summe, die sich von Jahr zu Jahr bis auf 18,000 M. vermindert, könnte wirklich und müßte trotz der Finanzlage des Staates aus seinen Mitteln für die Wittwen und Waisen gewährt werden, als ein Minimum, denn mit jenen 200 M. wird wohl etwas, aber doch sehr wenig erreicht; sie gleichen die Preisdifferenz für Lebensbedürfnisse seit 1869 mit 50 M. aus und gerade jetzt ist die Gelegenheit geboten etwas mehr zu gewähren und in den nächsten Jahren wird man nicht so leicht das jetzt geschaffene Gesetz wieder umgestalten. Nach den Motiven der Vorlage würde eine wirkliche Umänderung der bestehenden Verhältnisse principaliter durchaus zulässig sein; es wird darin gesagt, man könnte die Kassen durch Bildung größerer Bezirksleistungsfähiger machen, ja sie sämmtlich zusammenführen und eine einzige bilden, wobei wohlverworbene Rechte der Lehrer an die Kasse in einzelnen Bezirken natürlich gewahrt bleiben würden. Dieser Gedanke ist durchaus gerechtfertigt, wenn einmal in der Sache weiter vorgenommen werden soll.

Nach den Motiven wäre die einfachste Lösung die Annahme der jüngigen Minimalpension von 250 M. als neuer Minimalpension, das würde auch in der That über die vorhandenen Schwierigkeiten am leichtesten hinweghelfen und müßte in den Vordergrund gestellt werden, wenn die gegebenen Factoren sich mit der Erweiterung des Gesetzes befassen. Das würde im Moment einen Aufschlag von 250,160, später sogar von 268,000 Mark erfordern. Aber selbst wenn man den Lehrern jetzt den Minimalbeitrag abfordert und den Beitrag der Gemeinden erhöht, dadurch also die erforderliche Summe bedeutend mindert, müßte dann nicht auch der Staat mit höheren Zuschüssen eintreten, wenn es irgendwie möglich wäre? Bisher hatte er nach § 5 des Gesetzes von 1869 nur sehr wenig zu leisten, um so mehr sollte er jetzt den Wittwen und Waisen der Lehrer eine Wohlthat erweisen und zugleich eine heilige Pflicht erfüllen. Denn von ihren Gehältern können sie auch nicht einen Silbergroschen ersparen und für die Zeit, wo sie nicht mehr sind, zurückliegen, diese Lehrer, die in Treue und Liebe an König und Vaterland hängen und mit geringen Gehältern für das Wohl des Landes arbeiten. (Beifall.)

Abg. Stroesser: Auch ich begrüße den Entwurf mit der größten Sympathie. Was ich auszugeben habe, sind Einzelheiten, in denen ich im Ganzen mit dem Vorredner übereinstimme. Auch meine Fraktion will die Gemeinden für die Erhöhung der Wittwenpensionen in erster Linie in Anspruch nehmen, weil der Lehrer in erster Linie der Gemeinde dient. Dafür soll aber auch der Staat bei der Leitung des Schulwesens den Gemeinden einen berechtigten und bestimmten Anteil nach Maßgabe ihrer Leistungen eindämmen und nicht die Schule als seine Domäne betrachten. (Zustimmung rechts.) Die Erhöhung der Pension von 150 auf 200 M. bedeutet für eine ganze Familie sehr wenig. Bei richtiger Zusammenfassung aller Factoren wären wir wohl jetzt im Stande, sie auf 250, ja auf 300 M. zu erhöhen. Um diesen Zweck zu erreichen, standen verschiedene Wege offen. Der neue Entwurf erlaubt beinahe ganz die Verpflichtung, die Gehaltsverbesserungsbahnen der Lehrer einzuziehen und den Waisenklassen zuzuführen. In einer Petition aus meiner Heimat sprechen es die Lehrer mit Entschiedenheit aus, daß sie bereit seien, erhöhte Beiträge zu zahlen, wenn sie dafür die Garantie erhalten, daß ihre Wittwen einigermaßen anständig zu leben hätten. Im Verhältnis zu den Beiträgen, welche andere Beamte zu leisten haben, sind die der Lehrer niedrig. Die Motive sagen, solche Beiträge würden den Lehrern, zumal den jüngeren, schwer fallen. Aber im Gegenbeispiel, die jüngeren und unverheiratheten Lehrer sind ganz besonders in der Lage, diese Beiträge zu leisten, da sie unter allen finanziell am besten stehen. Wenn wir aber Gemeinden und Lehrer zu höheren Beiträgen verpflichten, dann ist es in der Ordnung, daß auch der Staat mit Zuschüssen eintrete.

Als wir im Jahre 1869 das Wittwenklassengesetz hier berieten, wurde über die voraussichtlich kolossal Summen gelagert, welche der Staat werden zahlen müssen, wenn das Gesetz zur Ausführung gelange. In Wahrheit haben sich diese Beiträge so sehr verlaufen, daß man, um sie wahrzunehmen, ein Vergütungsglas nehmen muß. Wenn über eine Erhöhung von 250 auf 300 Mark auch wirklich eine stärkere Heranziehung des Staates im Gefolge hat, so beweise ich nur auf den Steuererlaß von 14 Millionen, von dem sich leicht eine Million für diese Zwecke verwenden ließe. Alle Kassen in eine zusammenzulegen, erscheint mir nicht ratsam, weil es notwendig ist, die Selbstständigkeit der einzelnen Kassen zu erhalten. Dagegen möchte es sich empfehlen, die Kassenverbände einer Provinz in einen einheitlichen zusammenzulegen und den Provinzialstädtand, sowie dem Provinzialausschuß einen entsprechenden Einstrom auf die Gestaltung dieser Kassen einzuräumen. In der Beurteilung des Vorberichtes, die notwendigen Vorberücksichten aus dem Gehälterverbesserungsgesetz zu entnehmen, bin ich mit dem Vorredner einverstanden. Hier nimmt die eine Hand, was die andere gibt.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich bin wieder einmal in der unerfreulichen Lage, für mich allein zu sprechen. Mein geehrter Vorredner hat Ihnen gesagt, die Fraktion der Conservativen sei einstimmig in allen Punkten für das Gesetz. Ich constate, daß das nicht ganz richtig ist, ein paar Stimmen sind auch dagegen. Ich stimme dem Gesetzentwurf insofern allerdings zu, daß ich die Notwendigkeit der Erhöhung der Lehrerwittwen-Pensionen anerkenne, und begrüße es mit Freude, daß der Herr Minister in dieser Weise vorgehen will. So weit wie die beiden Vorredner gebe ich freilich nicht, daß die Pensionen noch weiter erhöht werden müßten. Dieser Gedanke scheint mir unconstitutionell und ich würde mich gern als Wächter des Constitutionalismus auf. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, das ist wahr. Ich meine, daß Haus darf nicht mehr bewilligen, als die Regierung fordert. Es kann sie höchstens erlauben, eine höhere Ausgabe in einem späteren Staat zu stellen, aber mehr zu geben, als sie haben will, halte ich

für unconstitutionell. Der Punkt, gegen den ich mich wende, ist die Bestimmung, daß die Erhöhung der Lehrerwittwenpensionen aus Beiträgen der Gemeinden erfolgen soll. Diese Beiträge sind im Ganzen auf 51,429 M. berechnet. Davon sollen aufzurunden acht Regierungsbezirke im Osten 40,812 M., drei im Westen 10,617 M., der Staat will zugeben 52,643 M. Davon stehen aber bereits 33,000 M. im Capitel 124 des Etats, so daß der Staat wirklich nur noch etwa 19,000 M. zugeben hat. M. H., die Summe, die die Gemeinden geben sollen, jährlich 51,450 M., ist ja eigentlich sehr klein, das gebe ich zu, und es ist kaum der Mühe wert, davon zu sprechen. Indessen, es gibt in den östlichen Provinzen, besonders beim Landvolk, keine empfindlichere Stelle, als die der Schulbeiträge, sie ist nämlich schon unglaublich oft berührt worden. Ich bin in meiner Stellung als Landrat schon etwa seit 25 Jahren dazu gezwungen gewesen und ich gehe, daß ich in meinen Geschäften beinahe von nichts weiter lebe, als von der beständigen Drehung des Bohrs auf Erhöhung der Schulbeiträge. Anfangs ging es noch ziemlich piano. Man empfahl den Gemeinden und Schulpatronen nur freiwillige Beiträge und sie waren auch meistens dazu bereit. Allmäßig wurden die Bauern aber harthörig und verstanden sich zu nichts mehr. Da hat man sich dann nach einer andern Seite gewendet und gesagt: bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt! Gerade das unausgesetzte Bohren auf eine und dieselbe Stelle bringt die Landbevölkerung in eine sehr unangenehme Mißstimmung. (Sehr richtig!) Noch mehr als die Gehaltsforderungen selbst bringt, sie der Modus in Aufführung, nach dem sie aufgebracht werden. Das ist nämlich einer der sonderbarsten, den es gibt. Da wir noch kein Schulgesetz haben, so helfen wir uns durch einen paar ganz vermordeten Landrechtsparagraphen, wonach die Beiträge aufgebracht werden durch die Haushälter. Aus diesen Paragraphen folgen aber bekanntlich die unerträglichen Zufälligkeiten. In dem einen Falle trägt der Gutsbesitzer neben der Bauergemeine, mit der er zusammenwohnt, beinahe nichts, weil er Schulpatron ist, und die ganze Last fällt auf die Bauern. Im andern Falle, wo der Gutsbesitzer nicht der Schulpatron ist, trägt er den Schulbeitrag mitunter dreimal so hoch wie die Bauern. Es ist also absolut keine Billigkeit in der Rechnung zu finden. Ein ganz sonderbares Verhältnis ist folgendes: das geheime Obertribunal hat deducirt, ein Haushalter ist jede selbstständige Person, die ein eigenes Einkommen hat. Das hat die wunderbarsten Consequenzen. Es sind nämlich z. B. auch alte Damen, die niemals verheirathet waren, Haushälter (Heiterkeit), sie brauchen auch gar keinen Haushalt zu besitzen, sondern sie wohnen in dem Haushalt eines Verwandten. Sie werden zu ihrer größten Verwunderung als Haushälter behandelt und es ist schwer, ihnen die Gründe dafür deutlich zu machen. Man kann ferner deduciren, daß jedes 21jährige Dienstmädchen ein Haushalter sei. Man ist vielleicht in der Praxis nicht immer ganz soweit gegangen, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen. Man kennt sich ja oft in der Praxis mit solchen sonderbaren Deductionen den Bauern gegenüber zu treten, man hält sie zurück, aber die Deduction folgt aus dem Obertribunalsbesluß ganz unbedingt.

Alle diese Dinge haben die Bauern so vertriebenlich den Schulbeiträgen gegenüber gemacht, daß man ihre Stimmung eigentlich nur mit einem immer brennenden Bohnschmerz vergleichen kann, der auf die Dauer wild macht. Das hat die schlimme Folge, daß eigentlich bei der Landbevölkerung ein formlicher Haß gegen die Schule bereits sich zu entwinden beginnt und für die Lehrer hat es den Nachteil, daß alle Gefälligkeiten, auf die sie doch wesentlich angewiesen sind, mehr und mehr aufzuhören. Bei der Landbefreiung, bei der Kubweide und wer weiß für welche Naturalien alles sind sie auf die Gutwilligkeit der Landleute angewiesen. Das fällt aber nach und nach weg, vielleicht noch nicht vollständig, aber es wird sich immer mehr verflüchten. Ich meine, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas freidassen könne. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die vierzehn Millionen gar nicht erst erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einschätzen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Nun sagt man aber, die Bewilligung jener Summen aus Staatskosten für die 11 von mir bezeichneten Regierungsbezirke etabliert eine Ungleichheit unter den verschiedenen Provinzen. Einzelne Provinzen, die es nicht nötig hätten, geben der Staat nichts und schenken anderen etwas, das ihnen nicht zusteht. Ja, danach versuchen wir aber alle Tage. Die größten Zuwendungen, die sich eigentlich ganz von selbst machen, liegen in die großen Städte. Man hat die Steuern mit dem Wasserdruck verglichen, der sich in Wollen sammelt und als Regen beschreitend niederschlägt. Dieser Regen trifft aber doch nur die großen Städte und daher kommt auch ihre Wohlhabenheit. Auf dem platten Land befinden wir uns in einer regenlosen Zone, wir bekommen nie etwas von den Steuern wieder, und als höchstens die Gehälter des Landrats und der Gendarmen. (Heiterkeit.)

Einzelne Posten hat man ganz sonderbar behandelt. Elbing und Königsberg empfingen z. B. zusammen 100,000 Mark jährlich aus der Staatskasse zur Deckung ihrer Kriegsschulden. Es ist damals von Seiten der Neumark, die ich hier vertrete, hergehoben, daß sie auch Kriegsschulden habe, daß man sie ihr auch, mindestens zum Theil, erlassen möchte. Diese Schuld ist 1813 bis 1815 gemacht und auch 1871 nicht getilgt worden. Da hat man uns aber abgewiesen, ich weiß nicht, aus welchen Gründen. Wenn man diese Ungleichheit vertreten kann, dann kann man, meine ich, auch die Ungleichheit vertreten, daß hier 11 Regierungsbezirke 51,000 Mark bekommen sollen und die anderen nichts. Ich muß also annehmen, diese 51,000 Mark auf Staatsfonds zu übernehmen und sie eventuell von dem Steuererlaß abzuziehen. Die Lehrer sollen endlich gewünscht haben, daß die Collecten für ihre Wittwen und Waisen aufhören. Ich möchte gern wissen, weshalb. Ich fürchte, es ist den Lehrern nicht anständig gewesen, daß für ihre Wittwen und Waisen in diesen Waisen gefordert werde. Ich würde das aber für unrichtig halten, denn für die Wittwen und Waisen des Pastors wird immer noch in den Kirchen collectiert und wenn sich die Prediger dieser Uebung in der christlichen Demut unterziehen, so können es auch die Lehrer thun; es würde unter Umständen ihnen ganz nutzlich sein.

Regierungs-Commissar Geb. Rath Wussow: Durch Besluß dieses Hauses vom 5. Februar v. J. wurde die Regierung aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, wodurch die Minimalpension der Lehrerwittwen von 150 auf 200 Mark erhöht würde und die Capitalisirungen gestrichen würden. Die Regierung hat diesen Besluß reißlich erwogen. Aus diesen Erwägungen ist die vorliegende Novelle hervorgegangen. Die drei Redner, welche heute gehabt haben, kommen darin überein, daß die Staatskasse mehr in Mitleidenschaft gezogen werden müsse. Sie wissen ja aber Alle, wie die Lage unserer Finanzen ist. Um die für die Pensionserhöhung notwendige Summe zu beschaffen, waren nur drei Factoren heranzuziehen, die Lehrer selbst, die Gemeinden und die Staatskasse. Die Lehrer höher als mit 15 Mark heranzuziehen, erschien nicht recht angemessen. Erst neulich, nach Ausarbeitung des Entwurfs, ist der Regierung die aus einigen Kreisen von Westfalen stammende Petition bekannt geworden, worin die dortigen Lehrer sich zur Zahlung höherer Beiträge bereit erklären. Die Regierung glaubte aber nicht zu einer höheren Belastung rechnen zu müssen, obwohl die Verbesserung der Lehrergehälter eine — ich will nicht sagen, relative, aber doch absolute Erhöhung erfahren habe. Den Gemeinden gegenüber erachten es angemessen, nur in den Fällen, wo ein specielles Bedürfnis vorliegt, einen Thaler mehr aufzuerlegen. Dieser eine Thaler wird wohl keine Gemeinde drücken, da er sich auf sämmtliche an den Schullasten beteiligte Haushalte erstreckt. Was die Staatskasse betrifft, so war es nicht nötig, um 200 Mark im Minimum zu zahlen, für den Augenblick höher zu greifen als bis 52,000 Mark. Dieselben aus dem erwähnten Fonds zu entnehmen, schien nicht unangemessen. Denn dieser Titel ist für die Zwecke des Unternehmens weitestgehend bestimmt und eine Ausgabe für die Wittwen und

Waisen der Lehrer ist gewiß eine der besten Verwendungen von Geldern, die für den Lehrerstand bestimmt sind.

Von der Erhebung der Gehaltsverbesserungsgelder ist auf wiederholte Petitionen aus Lehrerkreisen abgesehen worden. Die Capitalisirung hat nur stattgefunden innerhalb des Rahmens des Gesetzes, und zwar sind jedesmal, wo die Frage der Capitalisirung auftaucht, Sachverständige gehört worden. Der Weg, den die Gesetzgebung von 1869 eingeschlagen, ist der richtige gewesen; diejenigen, welche in den Kasen gehabt haben, werden jetzt die Früchte davon genießen. Der Fonds der 33,000 M. ist nicht zu Zuschüssen an die Wittwen- und Waisenkassen selbst vermentet worden, wohl aber zu jährlichen Unterstützungen für die Wittwen und Waisen der Elementarlehrer. Diese Unterstützungen waren notwendig, da wir nach unerlässlichen Schätzungen etwa 1000 Lehrerwittwen haben, die ohne Pension sind. Zu diesem Zweck werden jene Beiträge auch ferner noch verwendet werden; erst mit der Zeit werden sie in Wegfall kommen können. Die Einnahmen aus den Collecten haben sich von Jahr zu Jahr verringert, besonders seitdem die Lehrer nicht mehr Kirchendiener sind. Dem Antrage auf Überweisung der Vorlage an eine Commission wird sich die Regierung nicht widersetzen.

Abg. Hollenberg beschränkt sich darauf, dem Minister für die Vorlage zu danken, sich gegen die Zusammensetzung sämtlicher Kassen in einer, gegen die Aufbringung des Zuschusses durch die Commune und für die Fixierung des Minimalbetrages von 250 M. zu erklären. Er kann nicht anders denken, als daß der Staat sich trotz seiner Finanzlage der Erfüllung einer Pflicht nicht entziehen werde und wünscht die Überweisung der Vorlage an die Unterrichts-Commission.

Abg. Ridert ist ebenfalls für commissarische Berathung der Vorlage, hätte jedoch gern gelebt, wenn an dererlei einige besonders finanzfähige Mitglieder theilnehmen, die die hier kundgebrachten Bestrebungen auf Erweiterung der Vorlage unterstützen möchten. Einen besonders erhebenden Eindruck macht es nicht, daß eine Sache, die jetzt schon mehr als ein Decennium schwiegt, und an der, wie Fama sagt, ein preußischer Cultusminister gescheitert ist, in so makabrem Tempo fortsetzt, daß wegen der Lage der Staatsfinanzen man auch jetzt Anstand genommen hat, den dazu bestimmten Titel des Etats zu erhöhen und daß man statt dessen durch eine neu eingesetzte Bemerkung bei Titel 27 dem Minister die Vollmacht giebt, für den Zweck der Vorlage die bei Titel 27 (Besoldungsfonds für Lehrer) angeforderten 12 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen. Wenn man sich wirklich dazu entschließen müßte, dann geschieht es nur, weil man auf anderem Wege den zeitigen, wirklich unerträglichen Zustand nicht beenden könnte. Ein schreider Uebelstand ist es doch, daß, wie der Regierung-Commissar eben erklärt hat, in Preußen noch tausend Lehrerwittwen vorhanden sind, die gar keine Ansprüche auf irgend eine Pension haben, weil ihre Männer noch nicht Kassenmitglieder waren. Mir ist heute noch eine Petition einer Lehrerwittwe aus Röbel zugegangen. (Burk des Abg. v. Meyer-Arnswalde.) Der Herr Abg. v. Meyer meint: wenn mir die Sache nur nicht wieder so gebe, wie mit dem Lehrer Peters (Heiterkeit). Auch in Bezug auf diesen waren meine Mittheilungen im Wesentlichen richtig, nur die Thatsthe, daß er als Tagelöhner gearbeitet, kann man ansehen. Die Lehrerwittwe in Röbel erhält keine Pension, über ihre Arbeitsunfähigkeit liegt ein Attest des Kreisphysicus vor. Sie hat ab und zu eine sehr makabre Unterstützung aus Staatsfonds erhalten, aber wiederholt hat dieselbe wegen Mangels an Fonds abgelehnt werden müssen. Der Cultusminister würde gewiß die Unterstützung des Hauses erhalten, wenn er für diesen Zweck ausreichende Mittel verlangte. Nach dem vorgeschlagenen Vermerk im Etat würde er sie nur auf Kosten der Lehrerbefolgsungsfonds erhalten. Im Gegenzug zu seinem Gelümmgen ist der Abg. v. Meyer es für unconstitutionell erklärt, eine Erhöhung der Wittwenpension zu verlangen, wenn die Regierung sie nicht beantragte. Derselbe Herr Abg. v. Meyer hat aber ohne Gene die den Gemeinden zugemutete Erhöhung gestrichen und die 51,000 M. auf die Staatskasse geworfen.

Ich bin ganz damit einverstanden und werde Arm in Arm mit Herrn von Meyer in dieser Sache gehen. Aber er muß denn doch gestehen, daß er auch dasselbe thut wie wir; ich würde ihm also bitten, noch einen Schritt weiter zu gehen und die weitere Erhöhung der Pension auf 250 oder 300 Mark zu verlangen. Auch von jener Seite (rechts) sind doch öfters Vorberatungen auf Erhöhungen des Etats ausgegangen. Beiläufig bemerkt — der Herr Abgeordnete von Meyer hat auch die große Steuerreform in die Diskussion gezogen und sich in sehr bemerkenswerter Weise gegen dieselbe, insbesondere gegen die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise erklärt. Ich bin nicht sehr betrübt darüber, daß Herr v. Meyer diese Stellung genommen, ich würde ihm nur ratzen, daß es ihm nicht geht, wie dem früheren Minister Grafen Culenburg und jetzt dem Abgeordneten Richter und mir, daß er wegen antimonarchischer Tendenzen gebrandmarkt wird vor aller Welt (hört, hört! links), wenn er es sagt, die Steuerreform der Regierung in einem so wesentlichen Punkte zu bestimmen. Lebendig habe ich gegen seine Bundesgenossen in seiner Weise etwas einzutragen. Ganz einverstanden bin ich mit dem Herrn v. Meyer darin, daß die Gemeinden nicht noch höher heranzuziehen sind. Die Gemeinde-Schullasten auf dem Lande für Gemeinde und Gutsbezirk sind in der That in letzter Zeit in sehr bedenklicher Weise gestiegen. An diesem Punkte ist mehr als bei anderen Abhilfe nötig. Ich möchte den Herren (rechts) diese Frage als Programmpunkt empfehlen. Ich werde principaliter jeder erhöhten Anforderung an die Gemeinden widersprechen. Man wird gut thun, bald eine größere Ausgleichung der Lasten durch Übernahme auf den Staat herbeizuführen. Das liege auch im Interesse der Lehrer und der Schule. — Schließlich will ich noch meine Freude darüber ausdrücken, daß Herr Stroesser auch das Dotationsgesetz für die Schule bald und vor dem Unterrichtsgesetz wünscht. Ich habe mich in demselben Sinne bereits vor 3 Jahren ausgesprochen. Ich hoffe, wir werden bei Berathung des Cultusministers gemeinsam den Cultusminister bitten, die Dotationsfrage bald und unabhängig vom Unterrichtsgesetz in Angriff zu nehmen. (Bravo.)

Abg. Schmidt (Sagan): Den Art. 2 und 4 des Gesetzes können wir zustim

doch der Satz von 250 M. für die Lehrerwirtschaften wohl gerechtfertigt. Die Beiträge der Lehrer zu erhöhen, dagegen sind wir entschieden, ebenso wie gegen eine stärkere Inanspruchnahme der Gemeinden. Bei der Beratung des Gesetzes wäre besonders darauf Rücksicht zu nehmen, daß überwiegend die gesetzliche Abstufung der Pensionen unter Rücksichtnahme auf die Zahl der hinterlassenen zu erfolgen habe. Ich stelle mit Bezug auf die schwierigen finanziellen Punkte, die bei diesem Gesetz zur Sprache kommen, den Antrag, dieses Gesetz einer besonderen Commission zu überweisen.

Abg. Langerhans erklärt auch die Erhöhung der Pension auf 250 M. für nicht ausreichend, den Staat als den einzigen Verpflichteten und die Frage der Zusammensetzung der Kassen zu einer einzigen für sehr discutabel, da eine solche leichter zu verwalteten ist und größeren Ansprüchen zu genügen vermag, endlich sich für Überweisung der Vorlage an die Unterrichtskommission, deren Mitglieder mit diesen Fragen vertraut sind.

Abg. Franz: Es ist 14 Jahre her, daß der Minister v. Mühlner dem Landtag das Pensionsgesetz vorgelegt hat, und seitdem sind wiederholentlich Petitionen auf Erhöhung der Pensionssätze eingegangen. Statt diese zu berücksichtigen, hat der Minister Falt durch Vertreibung der Schulzweiterne die Pensionsklassen noch mehr belastet. Es ist um so erfreulicher, daß die gesetzgeberischen Arbeiten des jetzigen Cultusministers v. Puttkamer besser für die armen Lehrer sorgen. Der Minimalzah von 200 M. ist zu niedrig, zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Aber wie die erforderlichen Kosten aufzubringen? Von einer höheren Belastung der Lehrer, zumal bei ihrem jetzigen Gehalt, muß man von vorn herein absieben. Dagegen scheint es mir angemessen, einen prozentualen Satz zum Beitrag je nach dem Gehalt zu bestimmen, so daß diejenigen Lehrer stärker herangezogen werden müßten, welche leistungsfähiger sind. Die Beiträge der Communen zu erhöhen, halte ich nicht für richtig, da bereits 1875 der Minister Falt in einer offiziellen Druckschrift erklärte, daß die Leistungsfähigkeit der Gemeinden für die Schule die höchste Grenze erreicht hat. Der Druck auf die Communen geht nicht sowohl von den Lehrerzehältern aus, als von den Ansprüchen bezüglich der Schulgebäude, welche den Verhältnissen der Gemeinde meist nicht entsprechen. Ich kann die Regierung nur bitten, die erforderliche Summe auf ihre Schulter zu nehmen. Wie das zu ermöglichen ist, werden die Verhandlungen ergeben, jedoch möchte ich dem Herrn Cultusminister anheimstellen, einige Positionen, namentlich diejenigen, welche aus dem Institut der weltlichen Schulinspektoren hervorgehen, zu streichen. Was die Capitalisierung der Kassen betrifft, so ist das, was in der Vorlage vorgeschlagen ist, den Wünschen der Lehrer und der Meinung des Hauses entsprechend.

Dagegen halte ich das, was die Centralisierung der Kassen betrifft, für höchst bedenklich. Man darf nicht vergessen, wie dieselben entstanden sind; sie haben durchweg einen localen Charakter, den man nicht unberücksichtigt lassen darf. Den Vorwurf des Herrn Regierungskommissar, die Kirche wolle die Collecten nicht, muß ich entschieden zurückweisen. Ich weise nur auf Schlesien hin, wo eine Reihe von Kassen nur durch die Hilfe der Kirche entstanden ist. Allerdings ist mehr der Staat diese Kassen für sich in Anspruch nimmt und namentlich, wie es zur Zeit des Culturmampfes geschehen ist, wenn der Staat die Schule zum Kampfe gegen die Kirche braucht, desto mehr verengt sich das Wohlwollen dieser Kassen gegenüber. Jedoch halte ich, daß der Minister von Puttkamer derartige Bestrebungen nicht betreten und daß Sorge tragen wird, daß die Erziehung nach den Grundsätzen der Kirche und Religion erfolgen werde.

Die Discussion schließt mit einigen persönlichen Bemerkungen.

Abg. v. Meyer: Der Abg. Rickert hat gesagt, ich hätte den Steuererlaß nicht für wünschenswert gehalten, und das sei antimonarchisch. Der Vorwurf ist für mich doch ein sehr schwerer, allerdings auch ebenso unbegründet. Ich sage hier jederzeit meine selbstständige Meinung und lasse mir den Mund auch nicht aus ministerieller Rücksicht verbieten. Das ist, glaube ich, umgekehrt in hohem Grade monarchisch.

Abg. Rickert: Den College v. Meyer scheint den Artikel der Norddeutschen Allgemeinen, auf den ich mich bezog, nicht gelesen zu haben, sonst würde er meinen Scherz gewürdigt haben. Es hat mir nichts ferner gelegen, als ihm eine antimonarchische Gesinnung zu imputieren, ebensoviel, wie ich mir bewußt bin sie zu haben. Ich freue mich nur, Herrn v. Meyer als Gehinnungsgegnos zu haben. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Vorlage der Unterrichtskommission überwiesen.

Hierauf tritt das Haus ein in die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 18. März 1868, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser.

Abg. Cremer: Ich erkläre von vornherein, daß ich nur meinen persönlichen Standpunkt vertrete, und ein principieller Gegner der Vorlage bin. So viel ich mich auch bemüht habe, ihre Notwendigkeit einzusehen, so ist es mir doch nicht gelungen; sie läuft eigentlich nur darauf hinaus, die bestehenden Anstalten zu schließen. Nur mögen ja einzelne Communen mit dem Bau von Schlachthäusern vorgegangen sein, ohne jetzt damit fertig werden zu können, ich sehe aber nicht ein, warum wir, um diesen Communen zu helfen, gesetzgeberisch vordringen sollen. Wollte man weiter gehen, wie das Gesetz von 1868, so könnte man sagen: entweder wir machen den Schlachthausbau ganz allgemein obligatorisch, oder wir klammern uns gar nicht um die Schlachtfrage, sondern führen nur eine strenge Untersuchung aller Fleisches herbei; mit Beiden könnte ich mich einverstanden erklären. So aber macht man nur ein Loch in die allgemeine Gewerbefreiheit zu Gunsten einzelner Communen. Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß mir eine Durchlöcherung der Gewerbefreiheit an sich ganz sympathisch ist, im vorliegenden Falle aber trifft der Nachteil Diejenigen, welche auf Schutz Anspruch haben. Jeder kann Fleisch in die Stadt beliebig einführen, die städtischen Fleischer aber werden gezwungen, im Schlachthause zu schlachten, darin liegt eine Benachteiligung des stehenden Gewerbes zu Gunsten des Haushandelns. Bei der Beratung im vorherigen Jahre hat ja der Regierungskommissar geradezu mit Fingern darauf hingewiesen, wie man durch den Haushandel das Gesetz würde umgehen können. Auf Einzelheiten will ich mich jetzt nicht einlassen und bemerke nur, daß die Bestimmung über die Entschädigung des Schlachthausbauherrn mir nicht präzis und klar genug ist. Mit Befriedigung sehe ich, daß man von allen Seiten bemüht ist, Vorlehrungen für gesunde Nahrungsmittel zu treffen, ganz wird das allerdings erst gelingen, wenn das Gefühl der Standesehr in den Gewerben wieder vorherrscht. Da die öffentlichen Schlachthäuser zu einer Corporationsbildung der Schlächter beitragen, so sind sie mir sympathisch. Macht man in dieser Beziehung gute Erfahrungen, dann geht man vielleicht ähnlich in anderen Gewerben vor. Zum Schluß beantrage ich, die Vorlage an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Löwe (Boden): Ich bin für das Gesetz und halte es für eine besunde und glückliche Erweiterung des bestehenden; im Interesse der Gesundheitspflege der großen Städte ist es auch durchaus notwendig; hätte der Vorredner diesen Gedanken in den Vordergrund gestellt, so würde er sich die meisten seiner Ausführungen erspart haben. Seine Hoffnung, daß aus den Interessentreffen eine Besserung sich entwickeln werde, kann ich nicht teilen, zum Mindesten können und dürfen wir darauf nicht warten. Die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege müssen von einer autoritativen Behörde, von den Gemeinden, gelöst werden, wenn man ihrer Erfüllung sicher sein will. Die Rücksicht aus der man von einem vollem absoluten Schlachthauszwang absehen hat, ist sehr begreiflich. Man will die Fleischtransporte nicht unmöglich machen, denn man hat bei dem Ausbruch von Seuchen die Erfahrung gemacht, wie wünschenswert es ist, verdächtiges Vieh sofort schlachten und untersuchen zu können und das Fleisch, wenn es gesund gefunden wird, in den Handel zu bringen. Wir haben gesehen, daß binnen wenigen Tagen durch Vieh eine Seuche von der Ostgrenze bis nach Westfalen verschleppt worden ist, was nicht geschehen wäre, wenn der Verfechter des Vieches ohne sein Interesse zu schädigen, das Vieh sofort nach dem Überschreiten der Grenze hätte schlachten können. Die Freiheit der Fleischtransports liegt also im öffentlichen Interesse. Ich hätte geglaubt, daß es genügen würde, den Bericht der vorjährigen Commission nochmals dem Hause vorzulegen, da ich aber leider sehe, daß man auf allen Seiten eine neue Commissionserörterung wünscht, so trete ich diesem Antrage bei.

Abg. Tiebiger: Auch ich stimme für eine commissarische Beratung, und zwar weil ich erwarte, daß in der Commission die Anträge über den Wert des Gesetzes sich bestätigen werden. Die öffentliche Gesundheitspflege ist sich klar, daß die Abfälle der sporadischen Schlächtereien sehr bedenklich sind, sie ist sich klar, daß eine sorgfältige Fleischuntersuchung geboten ist, sie ist sich auch klar, daß zu diesen Zwecken obligatorische Schlachthäuser notwendig sind. Wenn wir die städtischen Schlächter zwingen, in den Schlachthäusern zu schlachten, so ist es nur gerecht, wenn man sie auch gegen die Konkurrenz der Schlächter schützt, die sich in der nächsten Umgebung der Stadt niederlassen, um dem Schlachthauszwange zu entgehen. Das Gesetz ermöglicht das und legt die Maßregeln dazu in die Hand und bestimmt der Commissar.

Abg. v. Neumann erklärt, daß auch auf conservativer Seite das Zustandekommen des Gesetzes gewünscht werde, da es im Interesse der Gemeinden und Bürger liege. Einzelheiten behalte er sich für die nächsten Lösungen vor und schließe sich dem Antrage auf commissarische Beratung an.

Abg. Cremer hebt hervor, daß er nur habe sagen wollen, daß durch die Vorlage das ständige Gewerbe zu Gunsten des Haushandelns befähigt werden würde. Gelinge es, das zu vermeiden, so sei er damit einverstanden. Die Benachteiligung der öffentlichen Gesundheitspflege durch das Schlachtergewerbe sei keineswegs nachgewiesen.

Darauf wird die Vorlage einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einschaltung von Bezirks-eisenbahnräthen und eines Landeseisenbahnrates für die Staats-eisenbahnen.

Abg. Frhr. v. Hüne: Der Entwurf entspricht vollkommen der Resolution, welche das Abgeordnetenhaus im vorherigen Jahre beschließt der wirtschaftlichen Garantien gegen die Gefahren des Staatsbahnsystems beschlossen hat. Schon damals waren meine politischen Freunde der Ansicht, daß eine wirkliche Garantie nur in einer Mittiwirkung im Tarifwesen gegeben sei; wir sind damals in der Minorität geblieben, obwohl selbst unsere Gegner erklärten, daß sie nur zeitweilig die Verhöhnung unserer Forderung für unzweckmäßig hielten. An dieser Forderung halten wir fest, und nur in diesem Punkte befähigen wir den Entwurf. Im übrigen stimmen wir den einzelnen Bestimmungen zu, vorbehaltlich einiger kleiner Änderungen, die am zweckmäßigsten in einer Commission erörtert werden. Einige Bemerkungen der Motive scheinen mir nicht unbedeutlich. Wenn es z. B. dort heißt: „Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses geht hervor, daß es nicht sowohl die Absicht war, eine ganz neue Einrichtung ins Leben zu rufen, als vielmehr eine bereits im administrativen Wege geschaffene auszubauen und auf gesetzlichen Boden zu stellen“ — so scheint hiermit die Ansicht der Regierung ausgesprochen zu sein, daß man besser gehabt hätte, die Sache beim Alten zu lassen. Wenn in den Motiven darauf hingewiesen wird, daß schon jetzt sachverständige Beiräte bestehen, auf welche die Verwaltung rekurriren könne, so ist dies allerdings richtig, wir verlangen aber Beiräte, welche gebaut werden müssen, und denen durch eine gesetzliche Grundlage eine größere Selbstständigkeit und ein größeres Gewicht gegeben werden soll. Aus diesem Grunde halten wir es auch für durchaus zweckmäßig, daß im Landeseisenbahnrath Delegierte der Landesvertretung sitzen. Es wird auf diese Weise eine gewisse Verbindung zwischen den parlamentarischen Körperschaften und dem Eisenbahnrath hergestellt, welche die Volksvertretung veranlassen wird, in wichtigen Fragen dem letzteren eine wünschenswerte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder, welche in den Landeseisenbahnrath delegiert werden, werden in den Häusern des Landtages die natürlichen sachverständigen Referenten in Eisenbahnangelegenheiten bilden. Das Gesetz erst am 1. Januar 1882 in Kraft treten soll, scheint mir nicht ausreichend begründet. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. v. Tiedemann: Schon bei der vorjährigen Beratung hat der Abg. Stengel die Bedenken unserer Fraktion gegen die Lebensfähigkeit der Landeseisenbahnräthe zur Geltung gebracht; an diesen halten wir auch heute noch fest. Was die Frage betrifft, ob die Bezirks-eisenbahnräthe ernannt oder gewählt werden sollen, so scheint für die Wahl der Umstand zu sprechen, daß die genauere Kenntnis der mit den localen Verhältnissen vertrauten Persönlichkeiten eher bei den am Ort befindlichen Körperschaften als bei den Centralbehörden zu finden sein wird; andererseits scheint die Ernennung deshalb den Vorzug zu verdienen, weil die Landwirtschaftlichen Centralvereine und die Handelskammern allein nicht die geeigneten Organe sind, um die Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft für die Eisenbahnräthe zu wählen. Daß die Commissarien der Minister-Stimmberechtigung im Landeseisenbahnrath haben sollen, halte ich für durchaus ungerechtfertigt. Wenn die Minister das Urteil dieser Herren hören wollen, so kann dies auch außerhalb des Landeseisenbahnrathes geschehen. Ebenso wenig kann ich es billigen, daß die Landesvertretung Mitglieder in diese Körperschaft delegiert, welche durch ihr Votum leicht den Landtag binden können. Auf diese beiden Punkte glauben wir ein so erhebliches Gewicht legen zu müssen, daß meine Freunde gewillt sind, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, wenn ihren Bedenken in dieser Hinsicht nicht Rechnung getragen werden sollte. Die Kompetenz des Landeseisenbahnrathes würde sich unseres Erachtens außer auf die vier in der Vorlage aufgeführten Punkte auch auf alle wesentlichen Veränderungen des Eisenbahngesetzes zu erstrecken haben. Einige andere Bedenken werden am zweckmäßigsten in einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern, an welches ich die Vorlage zu überweisen beantrage, zur Erörterung gebracht werden.

Minister Maybach: Ich bin vom Finanzminister ersucht worden, dem Hause mitzuteilten, daß der Gesetzentwurf, betreffend die vom Hause im vorherigen Jahre bei Genehmigung des Anlaufs mehrerer Eisenbahnen verlangten finanziellen Garantien fertig gestellt ist und dem Hause in kürzester Frist zugehen wird, ganz conform mit den vorjährigen Beschlüssen des Hauses. Der vorliegende Entwurf ist, wie schon die Vorredner anerkannten, die loyale Erfüllung der im vorherigen Jahre von der Regierung gegebenen Zusage und entspricht ganz den von der Landesvertretung geforderten Intentionen. Wenn in den Motiven Bedenken gegen einzelne Bestimmungen und gegen die Opportunität der ganzen Vorlage geäußert sind, so könnte die Regierung freilich aus Neuerungen aus dem Lande und diesem Hause Bedenken darüber schöpfen, ob eine solche Einrichtung auf gesetzlichem Boden schon jetzt zweckmäßig sei. Sie glaubte, andenken zu müssen, daß solche Bedenken vorhanden seien, die sie aber nicht für so wichtig halten können, daß sie nicht getreu ihrer Zusage diesen Gesetzentwurf einbringen sollte. Die Regierung würde auch, ich glaube, dies bestimmt aussprechen können, wenn der Entwurf von den Häusern des Landtages angenommen wird, ihrerseits kein Bedenken tragen, die Bestätigung derselben zu beantragen. Ich bitte auch die Bemerkung der Motive, daß es sich nur um den Ausbau einer schon bestehenden Einrichtung handelt, nicht so aufzufassen, als solle damit gesagt sein, daß es ebenso gut beim Alten bleiben könnte. Diese Bemerkung der Motive sollte nur darauf hinweisen, daß eine im Lande mit Befriedigung aufgenommene Einrichtung durch dieses Gesetz ausgebaut werden sollte. Die Regierung hat bei einer so umfangreichen Verwaltung, wie es die der Eisenbahnen ist, das Bedürfnis, sich von einem technischen Beirat leiten zu lassen. Die allgemeinen Erfahrungen bestimmen sie hierzu.

Erst in der neuesten Zeit haben wir den Verkehr vorübergehend erheblich geschädigt, weil wir eine Bestimmung ohne Rücksicht von innerhalb der Interessentreffen standen Sachverständigen getroffen hatten. Wir wollten solchen Freihäusern nicht wieder unterworfen sein, sondern über die berechtigten Wünsche des Landes unterrichtet sein und erfahren, wie wir denselben am besten und billigsten entgegenkommen, da wir in den Eisenbahnen nur Einrichtungen für die Wohlfahrt des Landes erblicken. (Beifall rechts.) Nur um die Entwicklung des Verkehrs auf dem richtigen Wege zu fördern, haben wir die Bezirks-eisenbahnräthe einberufen und empfohlen Ihnen jetzt eine weitergehende Einrichtung auf gesetzlichem Boden. Als Termin für das Inkrafttreten liegt der 1. Januar 1882 wohl nicht zu weit hinaus, da die Mitglieder der Bezirks-eisenbahnräthe erst von den Provinziallandtagen resp. Provinzialausschüssen gewählt werden und dann erst den Landeseisenbahnrath wählen, auch der Entwurf erst die Beratung der beiden Häuser passieren und Gesetzsregulare entworfen und andere Vorbereitungen getroffen werden müssen. Sollte aber ein früherer Eintritt möglich sein, so würde dies der Regierung nur recht sein und sie einer solchen Festsetzung zustimmen. Über die Einzelheiten wird man in der Commission sprechen können. Das Hause hat sich ja darüber im vorherigen Jahre seine Hand behalten und wird diese über. Die Regierung wird dann erwägen, inwiefern sie den vorgenommenen Anordnungen zustimmen kann, ohne daß der Rahmen des Gesetzes ganz alterirt wird. Jedenfalls wünscht die Regierung sich mit dem Hause über die Grundlagen eines Gesetzes zu verständigen, das der Wohlfahrt des Landes dienen soll. (Beifall rechts.)

Abg. Leuschner weist darauf hin, daß in den Handelskammern die Industrie nicht genügend vertreten sei, und daß es deshalb notwendig erscheine, auch den großen freien industriellen Vereinigungen ein Präsentationsrecht für die Bezirks-eisenbahnräthe einzuräumen.

Abg. v. Wedell-Malchow dankt dem Minister für die Zusage, daß auch der Gesetzentwurf über die finanziellen Garantien, welcher ein notwendiges Correlat des vorliegenden bilde, binnen kurzem dem Hause vorgetragen werden solle. Die Vorlage entspricht vollkommen den Wünschen, welche das Abgeordnetenhaus im vorherigen Jahre durch seine Resolution ausgesprochen habe, und sei geeignet — namentlich auch durch die Bulaßung außerpreußischer Teilnehmer zu den Bezirks-eisenbahnräthen — für diese Art der Behandlung der Eisenbahnen in weiten Kreisen Propaganda zu machen. Auch die Bedenken gegen die Delegation von Parlamentenmitgliedern in den Landeseisenbahnrath könne er nicht bestimmen. Nur so sei es möglich, das lebendige Wort aus dieser Körperschaft unmittelbar in die Landesvertretung überzutragen und dem Landeseisenbahnrath den Charakter einer Interessenvertretung zu nehmen.

Abg. Bischmann: Die Forserung einer Garantie ist durch den Umstand herbeigeführt worden, daß es an einer rechtlichen Grundlage für das Eisenbahnen fehlt. Der Weg der Eisenbahn-Gesetzgebung ist der der Lösung dieser Frage allein naturgemäß. Seitdem die Frage des Überganges der preußischen Bahnen auf das Reich aufgetreten ist, scheint

der Minister dagegenüber mit Hilfe von Beiräthen die Frage lösen zu wollen. Die vorgelegten Entwürfe sind sachlich nicht geeignet gewesen, die Lösung zu fördern. Ich bedauere, daß der Weg der Garantie beschränkt ist, weil er den notwendigen Weg der gesetzlichen Regelung im Reich, sei es im Ganzen, sei es auf lange Zeit versperrt. Mit der Bestimmung, daß dem Landes-Eisenbahnrath die Anordnungen wegen Zulassung oder Vertragung von Ausnahmen und Differentialtarifen vorzulegen seien, würde eine vollständige Stagnation im Tarifwesen herbeigeführt werden. Man kann ja meinen, daß eine größere Stabilität wünschenswert sei. Aber ein Fortgang ist nur im Wege der Differentialtarife möglich. Ich kann das aus meiner Erfahrung constatiren. Das schon jetzt hineinreichende niedrige Tarife erfüllen, wird keiner behaupten wollen. Ich halte vielmehr eine Herabsetzung noch wohl für möglich. Über die Differential- und Ausnahmetarife existieren irrsinnige Anschaungen. Die Ansdauung, daß die Landwirtschaft geschädigt hätten, halte ich nicht für richtig. Wenn der Minister für Landwirtschaft neulich erklärte, daß er auf die Eisenbahn tarife größeren Wert lege, als auf die Frage der Zölle selbst, so hat er sich diese Behauptung dadurch leicht gemacht, daß er dafür keinen Beweis angetrieben hat. Sobald es auf eine spezielle Erörterung der Frage ankommen sollte, würde ich gern dazu beitragen, diese verbreiteten Gesichtspunkte richtig zu stellen. Wer lange im Tarifwesen steht, weiß, daß der Wechsel in dieser Frage sehr rasch gewesen ist.

Vor einem Jahre stand man auf der Höhe der Antipathie gegen Differentialtarife. Heute ist nur noch von einer vorsichtigen Regulierung der Tarife die Rede. Was darunter zu verstehen ist, weiß ich nicht. In der Hauptsache ist die Vorlage davon ausgegangen, daß es darauf ankommt, die Staats-eisenbahnenverwaltung zu decentralisieren. Die Zwecke aber, die der Minister verfolgt, werden auf dem Wege der Decentralisation nicht erreicht. Der Staat kann nicht aus der Hand gegeben werden; er bildet den Schwerpunkt der Eisenbahn-Verwaltung; ebenso steht es mit den Fahrplänen. Der Landeseisenbahnrath ist auch vom Volkswirtschaftsrath unterschieden. Letzterer hat Gelehrte vorzuberufen, jener steht nur dem Minister zur Seite, der nach Willkür die Beschlüsse derselben ausführen kann oder nicht. Thatsächlich fallen damit die Eisenbahnfinanzen der Landesvertretung noch mehr aus der Hand. Die Bezirks-eisenbahnräthe und der Landeseisenbahnrath können gegeneinander wirken. Ein Beispiel aus jüngster Zeit bietet die Verhandlungen über die Einführung der zweiten Säcktautlage. Es müßte jedenfalls eine Ausklärung darüber gegeben werden, wie solche Collisionen zu vermeiden sind. Wenn Differential- und Ausnahmetarife dem Landeseisenbahnrath vorgelegt werden sollen, so müßte sich derselbe permanent erläutern. Denn das bei solchen Dingen alle vierzehn Jahre nur einmal beschlußt gesetzt werde, ist nicht angängig. Ich stehe nicht auf einem negativen Standpunkte, sondern finde die Abhilfe in dem Wege der Reichs-eisenbahngesetzgebung. Dem Antrage auf Überweisung an eine besondere Commission schließe ich mich an.

Abg. Kalle: Ich bin nicht mit dem Vorredner darin einverstanden, daß der Weg der Gelehrten gegen die allein richtige ist. Auch ein Reichs-eisenbahnrath macht die Errichtung der Eisenbahnräthe nicht überflüssig, denn ihre Aufgabe läßt sich nicht durch Gesetz regeln. Mit Recht hat der Abg. von Wedell-Malchow gesagt, daß die Eisenbahnräthe einer burokratischen Ausgestaltung der Eisenbahn-Gesetzgebung entgegen arbeiten würden. In dem Entwurf ist nicht genügend berücksichtigt worden, daß die Eisenbahnräthe nur beauftragende Beiräte sein sollen, trotzdem die Regierung dies ausdrücklich anerkannt hat. Wenn den Ausschüssen der Bezirksräthe die eiligen Sachen überwiesen werden sollen, so möchte ich doch daran die Bitte knüpfen, daß die schriftlichen Rundfragen nicht an die Ausschüsse, sondern an den ganzen Bezirksrat gerichtet werden, denn ob man 4 oder 40 Briefe telegraphiren, erfordert nur denselben Zeitaufwand, aber den Ausschüssen fehle oft die Sachverständigkeit, welche in allen Mitgliedern verloren geht. So sehr auch die Eisenbahnräthe als begünstigende Körperschaft berücksichtigt werden müssen, um den Verkehrsinteressen Geltung zu verschaffen, so müßte ich mich gegen dieselben erklären, wenn sie dazu benutzt werden sollten, um die Verantwortlichkeit der Eisenbahn-Verwaltung oder des Ministers zu schwächen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung, Mittwoch 11 Uhr. (Petitionen, Wahlprüfungen und Etat.)

Berlin, 30. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem pensionirten Schleusenmeister Möldner zu Neumarkt, Regierungsbezirk Breslau, bisher auf Schleuse Nr. 16 des Oder-Niemen-Kanals im Regierungsbezirk Oppeln, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Sergeanten Masslow im 5. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42 und dem Fuß-Gendarmanen Bartlin von der Gendarmerie-Brigade in Elbing-Vorbringen die Rettungsmedaille verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Präfector und Director des öffentlichen Sicherheitsdienstes im Königlich italienischen Ministerium des Innern, Polis, den Königlichen Kronen-Orden 2. Klasse mit dem Stern;

monstrationsfeste und für die Ausübung aller Mittel, um Griechenland zur Mäßigung zu bewegen und vor Schritten zu warnen, welche unabsehbare Consequenzen zum Schaden Griechenlands nach sich ziehen möchten. Es ist bereits mitgetheilt und von verschiedenen Seiten bestätigt worden, daß der deutsche Gesandte in Athen, Herr von Radowits, in diesem Sinne zu wirken informirt worden ist. Man sieht in hiesigen leitenden Kreisen die griechische Frage vorläufig als vertagt an und scheint über die Wahl des Zeitpunktes zu ihrer Wiederaufnahme noch nicht entschlossen. — Fürst Hohenlohe reist morgen zur Übernahme des Botschaftspostens nach Paris ab, Graf St. Vallier giebt heut für ihn ein größeres Abschiedsessen. — Nach den Dispositionen des Präsidiums des Abgeordnetenhauses soll der Staat in den bis Weihnachten noch verbleibenden drei Arbeitswochen womöglich festgestellt werden. Dies wäre nur zu ermöglichen, wenn, was schwerlich anzunehmen, das Centrum von der Erneuerung des Culturkampfes bei Beratung des Cultusrats Abstand nehmen würde. Da dies nicht vorauszusehen, ist an eine Beendigung der Staatsberathungen vor Weihnachten nicht zu denken. Unter solchen Umständen ist abermals der Gedanke einer Nachsession wieder aufgetaucht, einstweilen aber steht die Regierung demselben ablehnend gegenüber.

[Militär-Wochenblatt] v. Wittenau, Major a. D., zuletzt etats-mäßiger Stabsoffizier im Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, mit der Erlaubnis zum fernerer Tragen der Uniform dieses Regiments zur Disposition gestellt.

[Marine] S. M. Kanonenboot „Cyclop“, 4 Geschütze, Commandant Capitän-Lieutenant von Schudmann I., ist am 10. October c. in Tientsin eingetroffen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Köln, 30. Nov. Der langjährige Leiter der „Kölnerischen Ztg.“, Wilhelm Ferdinand Schulze, ist heute Vormittag in Folge eines Schlagflusses gestorben.

Rom, 30. Novbr. Kammer. Cairoli erklärt, die Regierung acceptire die Manzinische Tagesordnung, welche volles Vertrauen zur Regierung ausdrückt. Die übrigen Tagesordnungen werden zurückgezogen. Der erste Theil der Manzinischen Tagesordnung, besagend, die Kammer wünscht sich über die wichtigen, durch die Bedürfnisse und Wünsche des Landes geforderten Reformen auszusprechen, wird einstimmig angenommen. Der zweite Theil, besagend: Angesichts der ministeriellen Erklärungen geht die Kammer zur Tagesordnung über, wird in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 188 Stimmen angenommen. Fünf enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 30. Novbr. Senat. Beratung des Budgets des Auswärtigen. Gontaut Biron führt unter Anerkennung der friedlichen Politik Thiers aus, daß seit dem Berliner Congresse eine andere Politik inauguriert ist, welche auf die Flottendemonstration hinausgegangen, die zum Kriege hätte führen können. Die traditionelle Politik Frankreichs sei nicht die Vernichtung der Türkei, deren Existenz wichtig für den Weltfrieden sei. Man hätte die Türkei nur durch moralische Pression, nämlich Abberufung der Botschafter, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten suchen müssen. Gontaut tadelte die Initiative Frankreichs für die Flottendemonstration zu Gunsten Griechenlands, sowie die Idee der Entsendung einer Militärmission nach Athen.

Eine solche Demonstration wäre noch unkluger, als die bezüglich Dulcignos; sie würde dem Berliner Vertrag entgegenlaufen. Die Interventionspolitik entspreche nicht den Wünschen des Handels. Gontaut verlangt die Mitteilung der an den Flottencommandanten ertheilten Instruction und Aufklärung über das Project einer Militärmision nach Griechenland, die Entsendung des Panzerschiffes nach Tunis. Der Minister des Auswärtigen erwiderte: Frankreich war absolut geneigt, dem Berliner Congresse beizuhören; es bestände kein Widerspruch zwischen der Politik Thiers' und der des jetzigen Ministeriums.

Der Minister rühmte die Reserve, Klugheit und Großherzigkeit Russlands, welche sich darin befundet, daß es einwilligte, sich den Congressbeschlüssen bezüglich des Stefanovertrags zu unterwerfen. Die Flottendemonstration hatte einen dreifachen Zweck, die Pforte zu zwingen in der montenegrinischen, griechischen und armenischen Frage nachzugeben. Die Beihilfe Frankreichs diente der Sache des Friedens und der Ehre. Die Klugheit Frankreichs hielt die Flotten-Demonstration in den beabsichtigten Grenzen. Die Flotten-Demonstration zu Gunsten Griechenlands gehörte ins Gebiet der Hypothesen. Wir können nicht antworten, was zukünftig geschehen wird, aber wir bestätigen unsere friedlichen Gefühle und hoffen, daß die griechische Frage ohne Zwangsmäßigkeiten gelöst werde, wir glauben, der Fall der Türkei wäre eine entsetzliche Katastrophe, die man vermeiden oder wenigstens um jeden Preis hinausschieben muß.

Wir haben für Griechenland lebhafte Sympathie, aber England brachte zuerst in Berlin die griechische Frage zur Sprache. Man muß hoffen, daß Griechenland auf die Rathsätze Europas hören wird. Die Aktionen bezüglich Griechenlands werden demnächst vorgelegt werden. Das Ministerium hätte gewünscht, daß die tunessische Frage nicht berührt wäre, die noch dunkel und delikater Art sei. Wenn Frankreich dem Berliner Congresse nicht beigejewohnt hätte, wäre es verdächtigt worden, geheime Pläne zu haben. Wir spielten keine glänzende, aber nützliche Rolle auf dem Congresse. Der Berliner Congress erhält den Frieden aufrecht, wir werden ihn ferner aufrecht erhalten, wie unsere Vorgänger. Broglie betonte, es sei Zeit, auf die Politik Thier's und Mac Mahon's zurückzukommen, die Zeit für Gefäßpolitis oder positiver Einbildung sei vorüber. Man muß die Politik beobachten, die nur die wirklichen Interessen des Landes als Sache aufrecht erhält.

Frankreich mußte alle Verwicklungen vermeiden, Frankreich mußte frei in seiner Politik bleiben. Frankreich habe die Frage wegen der Flottendemonstration zu Gunsten Griechenlands aufgeworfen, mit welchem Frankreich sympathisiere, aber die Frage müsse vom französischen Gesichtspunkt aus geprüft werden. Wenn aber über dem Minister demand steht, der über die Diplomaten disponire und die Diplomatie auf den Bankets der Commiss voyageurs mache, sei es unmöglich, daß Frankreich noch Vertrauen beste. Freycinet führt aus, es sei natürlich, daß Frankreich Interesse für Griechenland gezeigt, und es vergrößern wolle. Die Massregeln zum Schutz Montenegro's und die Flottendemonstration bezwecken keine Feindseligkeiten gegen die Türkei, sondern gegen die aufständischen Vanden in Albanien. Frankreich legte sich die Reserve auf, nicht einen einzigen Kanonenbeschuss abzugeben. Freycinet berührte die einstimmig angenommene Grenzlinie und sprach die Befürchtung aus, daß die Flottendemonstration zu Gunsten Griechenlands unmöglich geworden sei. Broglie bestreit darauf, daß die Türkei niemals einer solchen Demonstration nachgegeben haben würde. Das Budget wird angenommen.

Petersburg, 30. Nov. Der Kaiser ist heute Vormittag um 10 Uhr aus Livadia nach Petersburg abgereist. — Der Großfürst Vladimir mit seiner Gemahlin und seinen Kindern und der deutsche Botschafter, General von Schweinitz, sind heute hier wieder eingetroffen.

Petersburg, 30. Nov. Meldungen des „Chaskoff“ zufolge wurde eine geheime Druckerei entdeckt, mehrere Druckmaschinen, eine Anzahl Dolche, Revolver, Exemplare der „Semjawolsa“, falsche Pässe und Stempel wurden aufgefunden, und zwei Personen, welche der revolutionären Partei angehören, verhaftet.

Bukarest, 30. Nov. Der Senat wählte den Fürsten Demeter Ghika zum Präsidenten, Lecca und den Oberst Bibesco zu Vice-Präsidenten.

Paris, 30. Nov. Die Regierung soll beabsichtigen, die katholischen Gesellen-Vereine als ungesehliche Verbindungen aufzulösen. (N. 3.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 30. Nov. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 36. Pariser Wechsel 80, 76. Wiener Wechsel 172, 20. Köln-Mindener Stamm-Aktien 148%. Rheinische Stamm-Aktien 158%. Hessische Ludwigsbahn 95%. Köln-Mind. Prämien-Akt. 130%. Reichsbank 148. Darmstädter Bank 154%. Meiningen Bank 98%. Oesterl.-Ungarische Bank 706, 00. Creditactien*) 246. Silberrente 62%. Papierrente 62%. Goldrente 74%. Ungarische Goldrente 93. 1860er Russ. 122%. 1864er Russ. 313, 00. Ungarische Staatsloste 221, 20. Uszgar. Ostbah.-Obligat. II. 84%. Böhmische Westbahn 208%. Elisabethbahn 177%. Nordwestbahn 161%. Galizier 239%. Franzosen*) 241%. Lombarden*) 78%. Italiener —. 1877er Russen 92%. 1880er Russen 71%. II. Orientale 58%. Central-Pacific 111%. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discon —. p.C. Abgeschwächt.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 245%. Franzosen 241%. Galizier 238%. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientale 100%.

*) per medio resv. per ultimo.

Hamburg, 30. Nov. Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4 proc. Consols 100%. Hamburger St.-Pr.-A. 124. Silberrente 62%. Oest. Goldrente 74%. Ung. Goldrente 92%. Credit-Aktien 245%. 1860er Russ. 123%. Franzosen 603. Lombarden 196. Italien. Rente 86. 1877er Russen 92%. II. Orient.-Akt. 56%. Vereinshütte 119%. Laurahütte 117%. Nord. 167%. Commerzbank 121%. Anglo-deutsche 77. 5% Amerikanische 94. Rhein-Eisenbahn 158%. do. junge 152%. Berg.-Märk. do. 116%. Berlin-Hamburg do. 231. Altona-Kiel do. 158%. Disconto 3%. Ruhig.

Silber in Barren per Kilogr. 152, 75 Gr. 152, 25 Gr.

Wechselnotrungen: London lang 20, 27 Br., 20, 21 Gd., London kurz 20, 38 Br., 20, 30 Gd., Amsterdam 167, 20 Br., 166, 60 Gd., Wien 170, 75 Br., 188, 75 Gd., Paris 80, 05 Br., 79, 65 Gd., Petersburger Wechsel 206, 00 Br., 202, 00 Gd.

Hamburg, 30. Nov. Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen per November 205 Br., 201 Gd., pr. April-Mai 214 Br., 213 Gd. Roggen pr. November 205 Br., 203 Gd., pr. April-Mai 193 Br., 192 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rübel still, loco 56%, pr. Mai 57. Spiritus still, per Nov. 49% Br., per December-Januar 49% Br., per Januar-Februar 49% Br., per April-Mai 49% Br. Kaffee ruhig. Umlauf gering. Petroleum ruhig. Standard white loco 9, 00 Br., 8, 80 Gd., pr. November 8, 80 Gd., pr. December 8, 80 Gd. — Wetter: Staubwetter.

Liverpool, 30. Novbr. Vormittags. [Bau und Masse.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlader Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Lagesimport 13,000 Ballen, davon 10,000 B. amerikanische. Middl. amerikanische November-Lieferung 6%, November-December-Lieferung 6% D.

Liverpool, 30. Novbr. Nachmittags. [Bau und Masse.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Middl. amerikanische December-Januar-Lieferung —. Januar-Februar-Lieferung 6%, März-Lieferung 6% D.

Manchester, 30. Novbr. Nachm. 12r Water Armitage 7%, 12r Water Taylor 8%, 20r Water Nicholls 9, 30r Water Gidlow 10, 30er Water Clayton 10%, 40r Muile Mayall 10%, 40r Medio Wilkinson 11%, 36r Warwicks Qualität Rowland 10%, 40r Double Weston 11%, 60r Double Weston 13%, Printers 10%, 80r 8% pfd. 97%. Fest.

Petersburg, 30. Nov. Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 24 1/2%. do. Hamburg 3 M. 209%. do. Amsterdam 3 M. 124%. do. Paris 3 Mon. 260. Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 220%. do. de 1866 (gest.) 214%. Russ. Akt. de 1873 138%. Russ. Akt. de 1877 —. Impérials 8, 05. Große Russ. Eisenbahnen 249. Russ. Bodencredit-Bündnisse 127%. II. Orient.-Anleihe 90%. III. Orient.-Anleihe 90%. Privatiscont 6%. Petersburg, 30. Nov. Nachmittags 5 Uhr. [Producentenmarkt.] Tafel loco 54, 50, per August 58, 00. Weizen loco 18, 00. Roggen loco 14, 40. Hafer loco 6, 10. Hanf loco 32, 40. Leinsaat (9 Pud) loco 17, 25. — Thauwetter.

Königsberg, 30. Novbr. Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen niedriger. Roggen matt, loco 117/18 Pfund. 2000 Pfund Zollgewicht 190, 00, per November 194, 00, per Frühjahr 185, 00. Gerste flau. Hafer still, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 148, 00, per Frühjahr 144, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 170, 00. Spiritus per 100 Liter 100 Procent loco 56, 50, per Novbr. 56, 75, per Frühjahr 58, 50. — Wetter: Regnerisch.

Danzig, 30. Nov. Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau. Umlauf 62 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgezackt. 170, 00 bis 176, 00, hellbunt 205, 00, hochbunt und gläsig 218, 00, per November 194, 00, per Frühjahr 185, 00. Gerste flau. Hafer still, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 148, 00, per Frühjahr 144, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 170, 00. Spiritus per 100 Liter 100 Procent loco 56, 50, per Novbr. 56, 75, per Frühjahr 58, 50. — Wetter: Regnerisch.

Danzig, 30. Nov. Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau. Umlauf 62 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgezackt. 170, 00 bis 176, 00, hellbunt 205, 00, hochbunt und gläsig 218, 00, per November 194, 00, per Frühjahr 185, 00. Gerste flau. Hafer still, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 148, 00, per Frühjahr 144, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 170, 00. Spiritus per 100 Liter 100 Procent loco 56, 50, per Novbr. 56, 75, per Frühjahr 58, 50. — Wetter: Regnerisch.

Paris, 30. Novbr. Nachmittags. [Producentenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, ver November 31, 00, pr. December 29, 25, pr. Januar-April 28, 60, pr. März-Juni 28, 30. Roggen fest, ver November 26, 00, pr. März-Juni 22, 75. Mehl fest, ver November 62, 80, pr. Decbr. 62, 80, pr. Januar-April 60, 60, pr. März-Juni 60, 00. Rübel ruhig, ver November 75, 50, pr. Decbr. 75, 25, pr. Januar-April 76, 00, pr. Mai-August 76, 75. Spiritus fest, ver November 60, 25, pr. December 60, 50, pr. Januar-April 61, 00, pr. Mai-August 60, 00. — Wetter: Kalt.

Paris, 30. November, Nachmittags. Rohzucker 88% weichend, loco 54, 00 bis 54, 25. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kgr. pr. November 61, 75, pr. December 61, 80, pr. Jan.-April 62, 37.

London, 30. Novbr. Nachm. Havannazucker Nr. 12 23%. Schwach.

Amsterdam, 30. Novbr. Nachm. Vancaijin 56%.

Antwerpen, 30. November. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen unverändert. Hafer fest. Gerste still.

Antwerpen, 30. Novbr. Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinates, Lyne weiß, loco 24 1/2% bez. und Br., pr. Decbr. 24% bez., 24 1/2% Br., pr. Januar-März 23% bez., 23 1/2% Br. — Ruhig.

Bremen, 30. November, Nachmittags. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 00, pr. December 9, 00, pr. Januar-März 9, 25. Alles bez. u. Br.

Der übrige Markt zeigte zwar eine günstige Haltung, konnte es aber in geschäftlicher Beziehung zu keiner Bedeutung bringen. Renten waren total vernachlässigt und zu günstigen Preisen offeriert. Österreicher Nebenbahnen, für welche auch in Wien das Interesse nachgelassen hat, bewegten sich schlepend auf gestrigem Niveau, nur Ebenthal fand einige Nachfrage zu etwas erhöhter Notiz. Creditactien und Franzosen lagen ziemlich fest, aber recht still. Lombarden mußten auf Grund der niedrigeren Wiener Notierung abermals 1 M. zurückgezahlt. Italiändische Bahnen waren in ihr Stillleben zurückgefallen, es ist von denselben nicht ein einziges Papier als auch nur ein wenig belebt herzuheben. Im weiteren Verlaufe erfuhrn Montanwerke mehrfache Schwankungen, die Kauflust für dieselben blieb indes überwiegend. Auch Bananen und russische Bonds blieben beliebt, die übrigen Wertpapiere dagegen vernachlässigt. Schluss schwächer auf die Nachricht, daß der österreichische Handelsminister Dunajewski dem Reichsrathe eine Vorlage betreffs Einführung einer Börsensteuer machen werde.

Course um 1/2 Uhr: Schnell. (Dec.-Course.) Credit 493,00, Lomb. 158,00, Franzosen 484,50, Reichsbank 148,10, Disc.-Comm. 179,87, Handels-Gesellschaft —, Laurabütt 118,25, Türken —, Italiener 86,00, Oesterreicher Goldrente 74,75, Ungarische Goldrente 92,87, Dortmunder Union 86,25, Oesterreicher Silberrente 62,75, do. Papierrente 62,12, sproc. Russen 92,25, Köln-Mindener —, —, Bergische 116,37, Russische Rente 90,87, Russische Noten 208,25, II. Orient.-Anleihe 58,00, do. III. 58,50.

Coupons. (Course nur für Westen!) Oesterl. Silber. Coupl. 171,85 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171,85 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. I. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6% New York City 4,19 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. I. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warsaw, Russ. Zoll 20,43 bez., 1822er Russen —, — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —, 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Verl. Ust.-Obligat. 20,31 bez.

Berlin, 30. Novbr. [Producenten-Bericht.] Bei trübem Himmel ist die Luft rauh. Im Verkehr mit Roggen berichtet nur wenig Leben, die Haltung kann indessen wohl als fest bezeichnet werden, denn es gibt für entfernte Sichten wenigstens eher Käufer als Anbieter. Das Effectivgeschäft zeigt nahezu vollständige Apathie;igner haben zwar nicht viel Neigung zum Entgegenkommen, Begehr nach Waaren fehlt indessen sehr. Roggenmehl still. — Weizen etwas besser bezahlt, aber in beschränktem Verkehr. Verläufer sind rar. — Hafer loco matt. Terme etwas höher. — Rübel hat mit etwas Kauflust eine Kleinigkeit im Werthe gewonnen. — Petroleum war trotz starker Berichte von außerhalb matter. — Spiritus fest und etwas besser bezahlt. Gedungsklasse per November veranlaßten für diese Sicht besonders herbortretenden Aufschwung.

Berliner Börse vom 30. November 1880.

Fonds- und Gold-Course.

	Wochsen-Course.
Deutsche Reichs-Anl. 4	100,00 bz
Gesamtdeutsche Anleihe 4½	100,00 etbz
do. do. 1875	100,20 bz
Staats-Anleihe 4	99,96 bz
Staats-Schuldscheine 3½	98,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 3½	145,50 bz
Berliner Stadt-Oblig. 4½	103,60
Pommersche 3½	86,10 G
do. 4	88,00 etbz
do. 4½	162,50 bzB
Posenische 4	25,42 bz
Schlesische 2½	91,25 G
Landschafts-Central 4	88,90 bz
Kur. u. Neumärk. 4	99,98 bz
Pommersche 4	99,60 G
Preussische 4	99,32 bz
Preussisch. u. Westf. u. Rhein. 4	99,60 G
Bärbische 4	99,80 G
Schlesische 4	89,75 G
Sadische Präm.-Anl. 4	132,75 G
Salz. Anl. v. 1875 4	135,75 bz
do. 4½	160,00 G
Cöln-Mind. Prämienloose 3½	131,00 bz
Sächs. Rente von 1875 3	77,50 G

Hypotheken-Certificate.

Ersapp. Part. Ob. 5	107,90 B	
Umk. Hd. Pr. Hd. Crd. B. 5	103,00 G	
do. do. 5	101,49 G	
Deutsch. Hyp. Bk. Pf. 4½	101,50 G	
do. do. 5	100,25 bz	
Kinder. Crd. Bd. Cr. 4½	104,75 G	
do. do. II. Em. 5	101,75 G	
Goth. Präm. Pf. I. Em. 5	118,00 bzG	
do. II. Em. 5	106,40 bzG	
Umk. Hd. Pr. Hd. Crd. B. 5	107,50 G	
Kinder. Hyp. Schuld. 5	102,66 G	
Hyp. Anth. Nord. G. C. R. 5	96,80 G	
do. do. Pfandbr. 5	98,62 G	
Peram. Hyp. Brief. 5	104,75 G	
do. II. Em. 5	101,75 G	
Goth. Präm. Pf. I. Em. 5	118,00 bzG	
do. II. Em. 5	106,40 bzG	
do. 50,00 Pf. Kz. B. m. 110	106,00 G	
do. 4½	do. m. 110 4½	101,66 bzG
Meininger Präm.-Pfd. 5	123,20 G	
do. 4½	106,90 bz	
Gebes. Bodenr. Pf. 5	103,60 G	
do. do. 4½	103,75 G	
Güdd. Rod. Crd. Pf. 5	103,25 G	
do. do. 4½	101,80 G	

Ausländische Fonds.

Gest. Silber-R. 1½, 1, 1½, 4½	82,76 bz
do. (1½, 1½)	82,80 bzG
do. Goldrente 4	4,90 bz
Papierrente 4½	82,10 bz
do. Äder. Präm.-Anl. 5	122,50 bzG
do. Lott.-Anl. v. 80	fr.
do. Credit-Loos. fr.	31,60 bzB
do. Äder. Loos. fr.	31,60 bzB
Gest. Präm. Anl. v. 55	141,90 bzG
do. do. 1868	133,40 bzG
do. do. 57,40 bzQ	57,40 bzQ
do. Orient-Anl. v. 1777	68,20 bz
do. II. do. v. 1878	68,20 bz
do. III. do. v. 1879	58,66 bz
do. Engl. v. 1871	89,84 bzB
do. do. v. 1872	89,50 bzB
do. do. Anleihe 1877	92,24 bz
do. do. 1896	71,76 bz
do. Bod. Crd. Pf. 5	81,25 etbzG
do. Cent. Bod. Cr. 5	79,00 G
Gesa. Poln. Schatz-Obl. 4	81,10 bzG
Sein. Pfandbr. III. Em. 5	65,00 bz
Pola. Liquid. Pfandbr. 5	84,80 bz
Amarik. rückz. p. 1881	p. 1 J. 9,90,10bz
do. 80% Anleihe 5	95,70 G
Stal. 80% Anleihe 5	86,76 bz
Graub.-Grazer 100 Thlr. L. 5	81,60 etbzG
Rumänische Anleihe 5	167,23 etbzG
Rumän. Staats-Obligat. 5	91,00 bzG
Türkische Anleihe 5	12,10, -2 G
do. Loose (M. P. St.) 5	22,76, 25 G
Gung. 50% St. Kianan-Anl. 5	89,25 bzG
Winnische 10 Thlr. -Loose 45,20 bz	
Wärken-Loose 34,50 bzG	

Eisenbahn-Prioritäts-Antiken.

Berg.-Mark. Seril. II. 4½	162,40 G
do. III. v. St. 3½	99,70 G
do. do. VI. 4½	103,50 bzG
do. Hess. Nordbahn 5	102,40 B
Berlin-Görlitz conv. 4½	102,50 G
do. do. 4½	101,00 G
do. Lit. C. 4½	106,90 bz
Gesäl. Freib. Lit. LKF. 4½	—
do. do. 4½	—
do. do. 4½	—
do. do. 4½	101,90 G
do. do. 4½	101,90 G
do. do. 4½	102,60 G
do. do. 4½	105,50 G
Breslau-Warschauer 5	162,63 G
Göld.-Mind. III. Lit. A. 4	93,40 G
do. do. 4½	—
do. do. 4½	—
do. do. 4½	99,76 bz
do. do. 4½	—
Malle-Boran-Guben 4½	102,75 G
Märkisch.-Posener 4½	102,00 B
Heddersches. Mark. I. 4	99,25 G
do. do. II. 4½	99,52 G
do. Obr. I. II. 4½	98,60 bzB
do. Obr. III. 4½	99,40 G
Oberschles. A. 4	—
do. B. 3½	—
do. C. 4	—
do. D. 4	—
do. E. 3½	91,40 G
F. 4½	—
do. G. 4½	102,23 G
do. H. 4½	102,75 G
do. von 1873 4	—
do. von 1874 4	—
do. von 1878 4½	103,80 G
do. von 1880 4½	103,25 G
do. Brigg.-Nissle 5	—
do. Cosel-Oderbr. 5	—
do. II. Em. 4½	—
do. III. Em. 4½	—
do. Ndrschl. Zwpb. 4½	—
Östpreuß. Südbahn 4½	101,50 G
Zechs.-Oder-Ufer. B. 4½	103,10 G
Uhlesw. Eisenbahn 5	—
Sharkow.-Asow gar. 5	95,75 bz
do. do. in Pfd. Sterl. 5	—
Sharkow.-Kremen. gar. 5	93,75 G
do. do. in Pfd. Sterl. 5	—
Ejäss.-Koslow. gar. 5	100,50 G
Dax-Bodenbach 4½	54,10 G
do. II. Em. 4½	52,16 bzG
Frag-Dux 4½	50,10 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn 5	88,50 bz
do. do. neue 87,90 G	—
Kaschan.-Oderberg. 5	75,50 bzG
do. Gold.-Prior. 5	89,70 bz
Ung. Ostbahn 5	71,60 G
Ung. Ostbahn 5	69,70 bzG
Leibnitz.-Ozernowitz 5	78,18 G
do. do. II. 5	82,30 bzG
do. do. III. 5	77,90 bzG
do. südl. Staatsbahn 5	270,80 bz
do. 20,20 G	—
do. Obligationen 5	94,30 G
Roman.-Eisobl. 5	98,70 bz
Warschau.-Wien II. 5	103,00 G
do. IV. 5	101,20 G
V. 5	101,30 etbzG
VI. 5	101,30 etbzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	2	4	71,25 bzG
Berl. Kassen.-Ver.	89/10	4	111,00 G
Berl. Handels-Ges.	5	4	106,25 bzG
Brl. Prd.-u. Hdla. B.	4	4	81,60 G
Braunschweig. Bank	4½	4	90,00 G
Bresl. Disc.-Bank	3½	4	96,40 bzG
Coburg. Cred.-Bank	4½	4	101,25 bzB
Danziger Priv.-B.	5	4	88,50 bzB
Darmat. Creditk.	6½	4	114,60 G
Darmat. Zettelk.	5	4	154,10 bzG
Dessauer Landesb.	5½	4	106,75 G
Deutsche Bank	5½	4	117,50 G
do. Reichsbank	6½	4	148,75 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	5½	4	91,25 bzG
Dise.-Comm.-Anth.	6½	4	107,95 bz
Genossensch. B.	5½	4	186,60-93,00 G
do. junge	5½	4	116,60 bzG
Goth. Grandcred.	5	4	90,60 bzG
do. junge	5	4	92,25 G
Hamb. Vereins-B.	7½	4	102,40 G
Hannov. Bank	5½	4	106,50 bzL
Königsl.-Ver. Bnk.	5	4	72,80 G
Lindw.-B. Wilhelmi	4½	4	151,90 G
Luxemburg. Bank	7½	4	141,50 bzG
Magdeburger B.	6½	4	113,75 bz
Nord. Bank	8½	4	109,60 G
Nord. Grunder. B.	0	4	44,90 G
Oberlausitzer B.	4	4	84,60 G
Oest. Cred.-Action	5½	4	496,00-493,00 G
Posener Pro. B.	6	4	116,50 B
Pr. Bod.-Crd. Act. 5	5	4	94,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Ord.	5½	4	120,00 etbzB
Sächs. Bank	5½	4	118,60 bz
Schl. Bank-Verein	5	4	107,60 G
Wiener Unionsbk.	5	4	196,00 G

In Liquidation.

Centralsb. f. Genoss.	—	fr.	16,25 G
Thüringer Bank	—	fr.	12